

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Imelda Marcos angeklagt

Manila (spk) Am Freitag ist in Manila gegen Imelda Marcos eine Klage wegen Mordes an zwei jugendlichen Bewohnern einer Slum-Siedlung eingereicht worden. Laut Staatsanwaltschaft werfen Angehörige der Opfer Imelda Marcos vor, als damals zuständige Ministerin für Stadtentwicklung 1985 für die Zerstörung des Slums verantwortlich gewesen zu sein. Soldaten hatten die zwei Knaben erschossen. Die Siedlung stand auf Marcos-Boden.

Oppositionsführer verhaftet

Nairobi (spk) Wenige Tage nach der Niederschlagung der Rebellion hat die Regierung des Tschad zahlreiche Oppositionelle verhaften lassen. Bei Razzien kamen drei Regimegegner ums Leben, vier wurden verletzt. Ein Sprecher der Regierung von Präsident Idriss Deby erklärte am Freitag in N'Djamena, die Regierung habe Beweise dafür, dass die Verhafteten die Rebellen unterstützen und deren Einmarsch in die Hauptstadt vorbereitet hätten. 13 Politiker wurden verhaftet.

Die durchschnittliche Jahresteuierung lag 1991 bei 5,9 Prozent

Billigeres Heizöl liess Preisniveau im Dezember um 0,2 Prozent sinken – Höchste durchschnittliche Teuerungsrate seit dem Jahr 1981

(spk) An der Teuerungsfront ist eine gewisse Beruhigung eingetreten. Der Landesindex der Konsumentenpreise ist Ende Dezember gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent gesunken und liegt bei 5,2 Prozent. Die Teuerung ist weitgehend «hausgemacht». Offiziell wird jetzt auch bestätigt, dass die durchschnittliche Jahresteuierung bei 5,9 Prozent liegt. (Wir berichteten gestern kurz darüber).

Mit 5,2 Prozent ist die Jahresteuierung Ende Dezember gegenüber dem Vormonat zwar leicht zurückgegangen, sie liegt aber wesentlich höher, als dies zu Beginn des Jahres 1991 prognostiziert worden war. Die Eidg. Kommission für Konjunkturfragen, die Prognoseinstitute und die Grossbanken sagten Teuerungsraten für 1991 zwischen 4,0 Prozent (SKA) und 5,0 Prozent (ZKB) voraus. Die Teuerungsexperten korrigierten ihre Prognosen im Verlaufe des Jahres dann aber verschiedentlich nach unten.

Wie das Bundesamt für Statistik in Bern am Freitag weiter mitteilte, blieb das Preisniveau im Vergleich zum Vormonat bei den Inlandgütern stabil, bei

den Importgütern ermässigte es sich – im wesentlichen infolge der gesunkenen Preise bei den Erdölprodukten – um 0,9 Prozent. Innert Jahresfrist verzeichneten die Inlandgüter eine durchschnittliche Preissteigerung um 6,4 Prozent, die Importgüter eine solche um 1,9 Prozent.

Billigeres Heizöl

Die Abschwächung des Landesindex um 0,2 Prozent gegenüber dem Vormonat ist hauptsächlich auf tiefere Indexziffern für Heizung und Beleuchtung (-4,5 Prozent) und Nahrungsmittel (-0,7 Prozent) zurückzuführen. Unter dem November-Stand lag auch die Gruppenziffer für Verkehr (-0,3 Prozent). Angezogen haben die Indizes für Bekleidung (+0,7 Prozent), Haushalteinrichtungen und -unterhalt sowie Körper- und Gesundheitspflege (je +0,2 Prozent). Die übrigen drei Bedarfsgruppen sind im Berichtsmontat nicht neu erhoben worden.

Der Rückgang der Gruppenziffer für Heizung und Beleuchtung ist auf die gesunkenen Heizölpreise zurückzuführen. Diese verbilligten sich gegenüber dem

Vormonat um 8,8 Prozent und gegenüber dem Vorjahr um 13,2 Prozent. In der Bedarfsgruppe Verkehr sind nur die Benzinpreise erhoben worden. Sie ermässigten sich gegenüber dem Vormonat um 1,8 Prozent und gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent. Die in der zweiten Monats-hälfte angekündigten Preisreduktionen konnten sich noch nicht auf das vorliegende Ergebnis auswirken, da die Preiserhebungen jeweils in der ersten Monats-hälfte durchgeführt wurden.

Die Abnahme der Indexziffer für Nahrungsmittel ist das Resultat tieferer Preise für Früchte, Hartkäse (infolge einer Aktion) und Schweinefleisch. Die Auswirkung dieser Abschläge wurde durch gestiegene Preise für Gemüse und Kartoffeln etwas abgeschwächt.

Jahresdurchschnittliche Teuerung

Im Jahresdurchschnitt 1991 lag der Landesindex um 5,9 Prozent über dem Vorjahresstand. Dies ist die höchste jahresdurchschnittliche Veränderungsrate seit 1981 (6,5 Prozent). 1990 hatte der vergleichbare Anstieg 5,4 Prozent, 1989 3,2 Prozent und 1988 1,9 Prozent betra-

gen. Nach Herkunft erhöhte sich 1991 das Preisniveau der Inlandgüter im Durchschnitt um 6,8 Prozent, für Importwaren um 3,2 Prozent.

Definitionen der Teuerung

Im Zusammenhang mit den jeweils veröffentlichten Teuerungsdaten muss klar unterschieden werden zwischen der Jahresteuierung – Ende Dezember spricht man von der Jahresendteuerung – und der durchschnittlichen oder mittleren Jahresteuierung.

Im Dezember 1991 betrug die Jahresteuierung oder Jahresendteuerung 5,2 Prozent. Diese Teuerungsrate entspricht dem Prozentsatz, um den der Landesindex zwischen Dezember 1990 und Dezember 1991, also am Jahresende, angestiegen ist. Zur Ermittlung der durchschnittlichen Teuerung von 5,9 Prozent im Jahr 1991 berechnet das Bundesamt zuerst zwei Mittelwerte aus den Indexziffern der Monate Januar bis Dezember 1991 und Januar bis Dezember 1990. Die Teuerung im Jahresdurchschnitt ergibt sich als Veränderungsrate aus diesen beiden Mittelwerten.

Der EWR-Vertrag erfordert Liberalisierung des Gesellschaftsrechts

Vortrag von Prof. Dr. Carl Baudenbacher am Liechtenstein-Institut über rechtliche Aspekte des Finanzplatzes Liechtenstein im EWR

(G.M.) – Das liechtensteinische Recht in bezug auf die Rechtsanwälte, Treuhänder und Banken, generell hinsichtlich des Gesellschaftsrechts, unterscheidet sich wesentlich vom EG-Recht. Zu dieser Auffassung gelangte Prof. Dr. Carl Baudenbacher, der am Donnerstagabend am Liechtenstein-Institut über «Der Finanzplatz Liechtenstein im EWR: Rechtliche und rechtspolitische Aspekte» sprach. Ein EWR-Beitritt verlangt daher eine Anpassung und Liberalisierung der Gesetzgebung an das EG-Recht – einen Alleingang Liechtensteins hält Prof. Baudenbacher aufgrund des faktischen Zwangs zum Nachvollzug des europäischen Rechts kaum für möglich.

Am Anfang seines Referates sprach Prof. Dr. Carl Baudenbacher, der in den vergangenen zwei Jahren eine Reihe von EWR-Gutachten für die Regierung erstellte, vom «Sonderfall Liechtenstein». Diese Bezeichnung benutzte er, um darzulegen, dass nach den heutigen Gegebenheiten das Fürstentum Liechtenstein wahrscheinlich der einzige EFTA-Staat ist, der den EWR nicht als Zwischenstufe für einen späteren Vollbeitritt zu EG betrachtet, sondern als ein eigenständiges Element im Integrationsgeschehen. Der «Sonderfall Liechtenstein» zeigte sich in

seinen weiteren Ausführungen, ohne dass er explizit erwähnt wurde, in mehrfacher Hinsicht. Aus diesem Grund blieb letztlich, nach einer angeregten Diskussion, auch die Frage offen, ob Liechtenstein dem EWR-Vertrag beitreten oder einen Alleingang wagen sollte.

Alleingang – eine Illusion?

Nachdem Prof. Baudenbacher eingehend auf den Zugang zu den Finanzdienstleistungsberufen wie Rechtsanwälte und Treuhänder sowie auf die Stellung der Banken eingegangen war, Rechtsvergleiche zwischen dem nationalen liechtensteinischen Recht und dem EG-Recht angestellt und die Notwendigkeit von Liberalisierungen dargestellt hatte, drehte sich in der Diskussion die Frage nach den Varianten unseres Landes, die neben einem EWR-Beitritt übrigblieben. Der Referent schloss zwar nicht aus, dass Liechtenstein einen Alleingang wagen könnte, doch bezeichnete er die Option Alleingang als eine «grosse Illusion». Der faktische Zwang zum Nachvollzug der europäischen Gesetzgebung ist nach seiner Ansicht so gross, dass ein eigenständiger Weg kaum möglich erscheine.

Privilegien für Liechtenstein?

Prof. Baudenbacher dämpfte in seinen Antworten auf entsprechende Fragen aus dem Publikum auch Hoffnungen, dass Liechtenstein gewisse Privilegien von Seiten der EG für seinen Finanzplatz erhalten könnte. Die «Off-Shore-Territorien», die sich weitgehend unter der britischen



Der Vortrag des Liechtenstein-Instituts über «Der Finanzplatz Liechtenstein im EWR: Rechtliche und rechtspolitische Aspekte» stiess auf sehr grosses Interesse. Der Kapitalsaal im Pfarrhaus Bendern vermochte die zahlreichen interessierten Besucherinnen und Besucher kaum zu fassen. (Bild: Beat Schurte)

Krone befinden, sind nach seinen Erklärungen entstanden, weil Grossbritannien beim EG-Beitritt für diese Finanzplätze – wie etwa die Kanalinseln – diesbezügliche Sonderkonditionen aushandeln konnte. In bezug auf Luxemburg, das ebenfalls gewisse Sonderregelungen kennt, führte Prof. Baudenbacher aus, dass das EG-Gründungsmitglied Luxemburg eine Politik verfolge, die sehr gemeinschaftstreu aussehe, aber nicht immer in dieser Art

ausgeführt werde. Als eigenständiges Verhandlungsmittel, so die Überzeugung Prof. Baudenbachers, werde Liechtenstein kaum solche Privilegien erhalten, höchstens vielleicht als Anhängsel der Schweiz, ähnlich wie die Kanalinseln im Gefolge der britischen Krone.

Eine Zusammenfassung des Vortrags von Prof. Dr. Carl Baudenbacher können Sie im Innern der heutigen Ausgabe lesen.

Konkursrekord im November

Zürich (spk) Die Anzahl der in Konkurs geratenen Unternehmen in der Schweiz hat im November einen erneuten Rekordwert erreicht. Mit 390 im Schweizerischen Handelsamtsblatt ausgewiesenen Zwangsliquidationen (inkl. Einstellungen mangels Aktiven) wurde der bisher höchste Wert im vergangenen Jahr (Juli: 352 Konkurse) nochmals gesteigert.

Vom 1. Januar bis 30. November 1991 sind total 3307 Konkurse veröffentlicht worden. Gegenüber der gleichen Zeitspanne im Vorjahr (2425 Konkursöffnungen) entspricht dies einer Zunahme um 36 Prozent, wie der Schweizerische Verband Creditreform am Freitag mitteilte.

EG mit über 15 Ländern

Lissabon (spk/dpa) Die EG kann in ihrer jetzigen Form höchstens noch drei neue Mitgliedsländer verkraften, wenn sie handlungsfähig bleiben will. Diese Überzeugung äusserte am Donnerstagabend der portugiesische Aussenminister und neue EG-Ratsvorsitzende Joao de Deus Pinheiro in Lissabon.

Im Gespräch mit Journalisten sagte Pinheiro, eine Gemeinschaft mit mehr als 15 Mitgliedern brauche neue Verfahren für Entscheidungen. Eine grundlegende Reform müsse angesichts der steigenden Zahl von Ländern, die für einen Beitritt in die Zwölferegemeinschaft in Frage kommen, möglichst schon vor 1996 in Angriff genommen werden.

Referendum gegen IWF und Weltbank

Auswirkungen eines Beitritts «verheerend»

Bern (spk) Gegen den Beitritt der Schweiz zu Weltbank und IWF sind am Freitag rund 58 000 Referendumsunterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht worden. Eine Koalition aus entwicklungs- und friedenspolitisch engagierten Organisationen wendet sich damit gegen die ihrer Ansicht nach «perspektivlose und sozial wie ökologisch unverträgliche» IWF-Politik.

Das Referendum gegen den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank (Bretton-Woods-Institutionen) hatten rund 80 hauptsächlich in der Umwelt- und Entwicklungspolitik engagierte Organisationen, darunter 24 Frauengruppen, ergriffen. In den Eidg. Räten schien der Beitritt der Schweiz noch beschlossene Sache. Der Ständerat stimmte dem

Vorschlag des Bundesrates im Juni dieses Jahres einstimmig zu, Mitte September folgte ihm der Nationalrat mit 87:29 Stimmen.

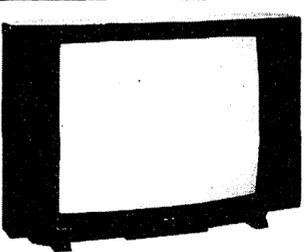
Es könne so nicht weitergehen in der Weltpolitik, unterstrich Nationalrätin Angeline Fankhauser (SP/BL) anlässlich der Unterschrifteneingabe in Bern. Sie wandte sich gegen die heutige Weltordnung, die ein Zwei-Bürger-Klassensystem schaffe, indem die Industriestaaten der Dritten Welt ihre Wirtschaftskonzepte aufzwingen. Die Schweiz solle als reiches Land vornehmlich die sozial vertraglichen, von den hilfsbedürftigen Ländern selbst bestimmten Projekte fördern.

Laut Angaben des Referendumskomitees kamen die Unterschriften ohne Unterstützung der «isolationistischen Rechtskreise» um Nationalrat Christoph Blocher (SVP/ZH) zustande.

Zinsniveau in Bewegung

Zürich/Basel (spk) Das Zinsniveau kommt wieder in Bewegung: Sowohl die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) als auch die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) und der Schweizerische Bankverein (SBV) senken ab sofort die Zinssätze für ihre Kassenobligationen um 0,25 bis 0,5 Prozent.

Die SBG senkt die Zinsen für die Laufzeit von 3 bis 5 Jahren um 0,25 Prozent auf 7 Prozent (3 Jahre) bzw. 6,75 Prozent (4 und 5 Jahre). 6- bis 8-jährige Laufzeiten werden unverändert zu 6,75 Prozent verzinst. Die SKA gewährt neu für 3 Jahre 6,75 Prozent (bisher 7,25), für 4 Jahre 6,5 Prozent (7) und für 5 bis 8 Jahre 6,5 Prozent (6,75) Zins. Die Kreditanstalt senkt bereits zum zweiten Mal innerhalb von zwei Tagen Sätze auf KO. Per Donnerstag wurden die Sätze für die KO mit 4- und 5-jähriger Laufzeit um je ein Viertelprozent auf 7 Prozent beziehungsweise 6,75 Prozent gesenkt.



FINLUX Fr. 1'990.-

- Menü-Steuerung
- Top-Teletext

GRATIS

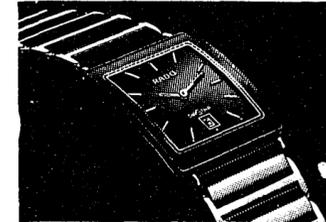
- Kastra-Satelliten-Instrumentenset mit Tuner (40 Programme) im Wert von Fr. 850.- (nur solange Vorrat)

I M E X

Foto · Video · TV · Hi-Fi
Computer

Landstrasse 454 · Telefon 075 2 74 88
FL-9495 Triesen

Profitieren Sie ... noch heute



Die Zukunft an Ihrem Handgelenk.

Rado Diastar Anatom, wasserdicht, kratzfestes Keramikband und Saphirglas, Fr. 1500.- für Damen, Fr. 1600.- für Herren.

huber

schmuck · uhren · juwelen
Städtle 34 und Rathausplatz
9490 Vaduz/Liechtenstein